

5. März 1973

EFTA-Vereinbarungen über die Aufrechterhaltung  
des Freihandels mit Dänemark und Grossbritannien

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 8. Februar 1973  
(Beilage)  
Politisches Departement. Mitbericht vom 27. Februar 1973  
(Zustimmung)  
Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 23. Februar 1973  
(Zustimmung)  
Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 23. Februar 1973  
(Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Das von den EFTA-Staaten am 21. Dezember 1972 in Genf unterzeichnete Protokoll und das Dokument EFTA 52/72 werden genehmigt.
2. Das Politische Departement teilt der schwedischen Regierung mit, dass das Protokoll vom 21. Dezember 1972 sowie das Dokument EFTA 52/72 vom Bundesrat genehmigt worden sind und dass die Schweiz das Protokoll unter Vorbehalt der späteren Genehmigung durch das Parlament seit dem 1. Januar 1973 provisorisch zur Anwendung bringt.
3. Das Protokoll vom 21. Dezember 1972 und das Dokument EFTA 52/72 werden als Beilage zum 86. Bericht über aussenwirtschaftliche Massnahmen den eidgenössischen Räten vorgelegt.
4. Nach Genehmigung des 86. Berichtes über aussenwirtschaftliche Massnahmen durch die eidg. Räte teilt das Politische Departement der schwedischen Regierung mit, dass in der Schweiz die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Protokolls vom 21. Dezember 1972 und die Anwendung des Dokuments EFTA 52/72 erfüllt sind.
5. Die Bundeskanzlei erlässt die ergänzende Weisung des Bundesrates an alle Amtsstellen der eidgenössischen Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche

- 2 -

mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind  
(siehe Beilage) und das Kreisschreiben an die Kantone  
(siehe Beilage).

6. Von den Ausführungen über die zukünftige Anwendung der  
fremdenpolizeilichen Vorschriften auf dänische und britische  
Staatsangehörige wird in zustimmendem Sinne Kenntnis ge-  
nommen.

Mitteilung:  
an die Kantone

Protokollauszug an

- EPD 5 zum Vollzug
- JPD 5
- FZD 9 zum Vollzug
- EFK 2
- EVD 20 zum Vollzug (GS 5, HA 10, BIGA 5)
- Fin. Del. 2

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:



Nicht für die Presse

Ausgeteilt

An den Bundesrat

EFTA-Vereinbarungen über die  
Aufrechterhaltung des Freihandels  
mit Dänemark und Grossbritannien

I

Wie in unserem Antrag vom 12. Dezember 1972 betreffend integrationsbedingte Anpassungsmassnahmen per 1.1.1973 in Aussicht gestellt, ist am 21. Dezember 1972 in Genf von den ständigen Vertretern der neun EFTA-Staaten ein Protokoll unterzeichnet worden. Durch dieses Protokoll - Beilage 1 - wird ein möglichst reibungsloser Uebergang von der bisher geltenden EFTA-Regelung zum neuen Verhältnis - das namentlich im zoll- und ursprungstechnischen Bereich durch die Freihandelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften (EG) geprägt wird - zwischen den sieben EFTA-Staaten und den beiden am 1. Januar 1973 der EWG beigetretenen Ländern (Dänemark und Grossbritannien) ermöglicht.

Der vorliegende Antrag hat die nachträgliche Genehmigung des für die Schweiz vom ständigen Vertreter bei der EFTA in Genf, Botschafter P. Languetin, - unter Vorbehalt der Zustimmung durch den Bundesrat und die eidgenössischen Räte - unterzeichneten Protokolls und der gleichzeitig genehmigten Erklärungen und Dokumente zum Gegenstand. Der Inhalt des Protokolls ist bereits autonom durch die Verordnung über den Freihandel mit Dänemark und Grossbritannien vom 20. Dezember 1972 in Kraft gesetzt worden. Das Protokoll und die Liste der Ursprungskriterien (Dokument EFTA 52/72) - Beilage 2 - sollen den eidgenössischen Räten gemeinsam mit dem 86. Bericht über aussenwirtschaftliche Massnahmen vorgelegt werden. Dem

- 2 -

Depositarstaat (Schweden) wird die nachträgliche Genehmigung des Protokolls und des Dokumentes EFTA 52/72 durch den Bundesrat und durch die eidgenössischen Räte zu notifizieren sein.

## II

Das Protokoll vom 21. Dezember 1972 präsentiert sich als multilaterale Vereinbarung, stellt aber in Wirklichkeit bilaterale Abkommen zwischen jedem der beiden austretenden Staaten und den einzelnen in der EFTA verbleibenden Ländern dar.

Paragraph 1 des Anhangs zum Protokoll sieht die Aufrechterhaltung der EFTA-Zollfreiheit in den ersten drei Monaten des Jahres 1973 vor. Lit. (a) bis (i) ermächtigen die Unterzeichnerstaaten, hievon in gewissen Fällen abzuweichen. Von Bedeutung für die Schweiz sind die Buchstaben (a), (b) und (c); sie ermöglichen einmal, die auf Grund der EFTA-Verordnung Nr. 17 vom 30. April 1969 erfolgende Rückerstattung von Preiszuschlägen auf EFTA-zollfreien Futtermitteln im Verhältnis mit Dänemark und Grossbritannien ab 1. Januar 1973 zu sistieren, im weiteren bei zwei der sogenannten "Umgehungsprodukte" (Zolltarif Nrn. ex 1806 und ex 2107) die Zölle auf Einfuhren aus Dänemark und Grossbritannien am 1. Januar 1973 wieder voll zu erheben und schliesslich jene Zollkonzessionen, die die Schweiz Dänemark auf Grund bilateraler Landwirtschaftsabkommen zugestanden hatte, gegenüber den beiden austretenden Ländern zu beseitigen, sofern sie im Rahmen der EFTA nicht auf Grund eines andern Landwirtschaftsabkommens weitergeführt werden. Ferner gibt dieser Paragraph die Möglichkeit, den Freihandel mit dänischen und britischen Produkten, die durch die Abkommen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gedeckt sind, für die ersten drei Monate des Jahres 1973 aufrecht zu erhalten, obschon das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den Mitgliedstaaten der EGKS nicht am 1. Januar 1973 in Kraft treten konnte, da es noch nicht von allen Vertragsparteien ratifiziert worden ist.

Paragraph 2 des Anhangs zum Protokoll regelt die Frage der Beibehaltung des EFTA-Freihandels in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1973 für alle Waren, die nicht von den Freihandelsabkommen mit den EG erfasst werden. Es handelt sich dabei insbesondere um Agrarprodukte und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse (Beilagen 1 und 3 des Anhangs zum Protokoll). Die in Paragraph 1 aufgeführten Ausnahmen gelten auch hier.

Paragraph 3 des Anhangs zum Protokoll enthält die Bestimmungen betreffend die schrittweise Wiedereinführung der Zölle ab 1. Januar 1974 für Waren, die nicht von den Freihandelsabkommen mit den EG betroffen werden (Beilagen 1 und 3 des Anhangs zum Protokoll). Der von der verbleibenden EFTA-Staaten anzuwendende Wiederaufbaukalender ist in lit. (b) enthalten, während der von Dänemark und Grossbritannien anzuwendende Fahrplan die Form einer Eintragung ins Protokoll der 37. gemeinsamen Sitzung des EFTA- und des FINEFTA-Rates vom 21. Dezember 1972 angenommen hat. Lit. (d) ermächtigt die Vertragsparteien, jene Zölle in einem Schritt am 1. Januar 1974 wieder einzuführen, deren ad valorem-Wert weniger als 3 % beträgt.

Paragraph 4 des Anhangs zum Protokoll gibt den Signatarstaaten die Möglichkeit, im Einzelfall die Zölle rascher wieder einzuführen oder Preisausgleichsbeträge zu erheben. Solche Fälle sind vorgängig den anderen Parteien zu notifizieren.

Paragraph 5 des Anhangs zum Protokoll ermöglicht die Beibehaltung bis Ende März 1973 der bisherigen EFTA-Ursprungsregeln im Warenverkehr zwischen Dänemark und Grossbritannien einerseits und den übrigen EFTA-Staaten andererseits.

Schliesslich enthalten die Paragraphen 6-8 des Anhangs zum Protokoll einige Sonderbestimmungen betreffend

- die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Zollverwaltungen;
- das Problem der Faeroe-Inseln (die seit dem 1. Januar 1973 weder der EFTA noch der EWG angehören) und

- 4 -

- das Verhältnis der Verpflichtungen aus dem Protokoll zu denjenigen aus dem Beitrittsvertrag EWG-Dänemark/Grossbritannien/Irland bzw. den Freihandelsabkommen.

### III

Ebenfalls am 21. Dezember 1972 ist in einer separaten EFTA/FINEFTA-Ratstagung eine informelle Vereinbarung getroffen worden über die weitere Anwendbarkeit der Artikel 14 und 16 des Uebereinkommens von Stockholm zwischen den beiden austretenden Ländern und den Rest-EFTA-Staaten. Das diesbezügliche Protokoll (Dokument EFTA/CJC.SR 36/72) - Beilage 3 - enthält in den Paragraphen 3 und 4 bzw. 6 und 7 die diesbezüglichen Erklärungen der dänischen und britischen Delegationen.

Bezüglich der weiteren Anwendung des Artikels 14 (öffentliche Unternehmungen) durch die Schweiz gegenüber den beiden austretenden Ländern hat die schweizerische Delegation, unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit, die in Paragraph 5 des Ratsprotokolls enthaltene Erklärung abgegeben. Es gilt nun, alle ~~Amtsstellen~~ der eidgenössischen Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind, über diese schweizerische Erklärung ins Bild zu setzen. Es kann dies durch eine Ergänzung der Weisungen des Bundesrates vom 27. Dezember 1966 erfolgen (Beilage 4). Im weiteren sind die Kantonsregierungen durch ein Zirkularschreiben auf die neue Lage aufmerksam zu machen; ein entsprechender Entwurf liegt bei (Beilage 5).

Bezüglich der weiteren Anwendung des Artikels 16 (Niederlassung) auf dänische und britische Staatsangehörige hat die schweizerische Delegation erklärt, dass die schweizerischen Behörden bereit seien zu prüfen, in welchem Ausmass die bisher verfolgte Praxis unter dem Vorbehalt der Reziprozität gegenüber diesen Staatsangehörigen weitergeführt werden könnte (Paragraph 10 des Ratsprotokolls). Auf Grund dieser Erklärung besteht für dänische und britische Staatsangehörige kein Rechtsanspruch mehr auf eine Anwendung der Bestimmungen von Artikel 16 des EFTA-Uebereinkommens durch die Schweiz. Aus allgemeinen Erwägungen scheint es jedoch gerechtfertigt, unter dem Gesichtspunkt der Reziprozität, welche

- 5 -

durch die Erklärungen des dänischen und des britischen Vertreters (vgl. Dokument EFTA/CJC.SR 36/72, Paragraphen 6 und 7) gewährleistet ist, in Fällen, auf die bisher Artikel 16 Anwendung fand, auch in Zukunft Aufenthaltsbewilligungen zulasten des BIGA-Kontingents zu erteilen, solange diese Praxis nicht zu ernsthaften Schwierigkeiten führt. Die Eidg. Fremdenpolizei wird die kantonalen Behörden in diesem Sinne instruieren.

## IV

Schliesslich sind - ebenfalls am 21. Dezember 1972 - vom EFTA-Rat die ab 1. April 1973 gültigen Ursprungsregeln für diejenigen Waren, die vom Freihandelsabkommen mit den EG nicht gedeckt werden, aber in den Beilagen 1 und 3 des Anhangs zum erwähnten Protokolls aufgeführt sind, genehmigt worden. Das entsprechende Dokument (Dokument EFTA 52/72) enthält auch Ursprungsregeln für jene Waren der Liste C des Protokolls Nr. 3 des Freihandelsabkommens mit den EG, auf die die Regeln dieses Protokolls keine Anwendung finden; es handelt sich um Oelerzeugnisse und deren Derivate.

Wie dem Protokoll, ist auch diesem Dokument unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch den Bundesrat und die eidgenössischen Räte von seiten der schweizerischen Delegation zugestimmt worden. Es soll den eidgenössischen Räten im Rahmen des 86. Berichts über aussenwirtschaftliche Massnahmen vorgelegt werden. Die Genehmigung wird ebenfalls dem Depositarstaat zu notifizieren sein.

A n t r a g

1. Das von den EFTA-Staaten am 21. Dezember 1972 in Genf unterzeichnete Protokoll und das Dokument EFTA 52/72 werden genehmigt.
2. Das Politische Departement teilt der schwedischen Regierung mit, dass das Protokoll vom 21. Dezember 1972 sowie das Dokument EFTA

- 6 -

- 52/72 vom Bundesrat genehmigt worden sind und dass die Schweiz das Protokoll unter Vorbehalt der späteren Genehmigung durch das Parlament seit dem 1. Januar 1973 provisorisch zur Anwendung bringt.
3. Das Protokoll vom 21. Dezember 1972 und das Dokument EFTA 52/72 werden als Beilage zum 86. Bericht über aussenwirtschaftliche Massnahmen den eidgenössischen Räten vorgelegt.
  4. Nach Genehmigung des 86. Berichtes über aussenwirtschaftliche Massnahmen durch die eidg. Räte teilt das Politische Departement der schwedischen Regierung mit, dass in der Schweiz die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Protokolls vom 21. Dezember 1972 und die Anwendung des Dokuments EFTA 52/72 erfüllt sind.
  5. Die Bundeskanzlei erlässt die ergänzende Weisung des Bundesrates an alle Amtsstellen der eidgenössischen Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind (Beilage 4) und das Kreisschreiben an die Kantone (Beilage 5).
  6. Von den Ausführungen über die zukünftige Anwendung der fremdenpolizeilichen Vorschriften auf dänische und britische Staatsangehörige wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

sig. Brugger

Beilagen:

- Protokoll vom 21. Dezember 1972
- Protokoll der 36. gemeinsamen Sitzung des EFTA- und des FINEFTA-Rates vom 21. Dezember 1972
- Dokument EFTA 52/72
- Entwurf einer ergänzenden Weisung des Bundesrates an alle Amtsstellen der eidgenössischen Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind (deutsch und französisch)



- 7 -

- Entwurf eines Kreisschreibens an die Kantone (deutsch, französisch und italienisch)

Zum Mitbericht:

- an das Politische Departement
- an das Finanz- und Zolldepartement
- an das Justiz- und Polizeidepartement

Protokollauszug:

- an die Bundeskanzlei, zum Vollzug
- an das Politische Departement, zum Vollzug
- an das Finanz- und Zolldepartement (10 Exemplare) zum Vollzug
- an das Justiz- und Polizeidepartement (5 Exemplare) zur Kenntnisnahme
- an das Volkswirtschaftsdepartement (15 Exemplare : 5 GS - 5 BIGA - 10 HA) zum Vollzug

**Ergänzende Weisung an alle Amtsstellen der Eidg. Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind**

---

Am 27. Dezember 1966 haben wir eine Weisung erlassen an alle Amtsstellen der Eidg. Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind. Zweck dieser Weisung war, die Einhaltung von Artikel 14 des Uebereinkommens von Stockholm durch die Schweiz sicherzustellen.

Am 31. Dezember 1972 sind Dänemark und Grossbritannien aus der EFTA ausgetreten. Die folgenden Länder bleiben weiterhin Mitglied der Assoziation: Island, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden und die Schweiz; Finnland ist mit der EFTA assoziiert.

Am 1. Januar 1973 sind Dänemark und Grossbritannien Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geworden. Am gleichen Tag ist auch das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Kraft getreten. Im Gegensatz zum EFTA-Uebereinkommen enthält dieses Abkommen keine Bestimmungen über die Praktiken der öffentlichen Unternehmungen. Das Bestreben der bisherigen neun EFTA-Staaten ging jedoch dahin, auch nach dem Austritt Dänemarks und Grossbritanniens aus der EFTA die in Artikel 14 des Uebereinkommens von Stockholm enthaltenen Grundsätze weiterhin im Verhältnis zwischen den beiden aus der EFTA ausgetretenen Ländern und den sieben in der Assoziation verbleibenden Staaten anzuwenden. Dies ist erreicht worden durch entsprechende einseitige Erklärungen der Ländervertreter anlässlich der 36. gemeinsamen Sitzung des EFTA- und des FINEFTA-Rates vom 21. Dezember 1972 in Genf.

Um die Einhaltung der an dieser Sitzung durch den schweizerischen Vertreter abgegebenen Erklärung sicherzustellen,

erlassen wir folgende ergänzende Weisung:

1. Unsere Weisung vom 27. Dezember 1966 an alle Amtsstellen der Eidg. Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion der SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und

- 2 -

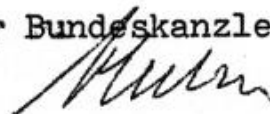
Material betraut sind, gelten auch weiterhin in bezug auf Lieferanten aus Dänemark und Grossbritannien.

2. Die vorliegende ergänzende Weisung gilt ab 1. Januar 1973. Sie wird im Bundesblatt und im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht.

3003 Bern, den 5. März 1973 /Bn

IM AUFTRAG DES SCHWIZERISCHEN BUNDESRATES

Der Bundeskanzler:



Instructions complémentaires aux services de l'Administration fédérale, de la Direction générale des PTT et de la Direction générale des CFF chargés des achats de marchandises et de matériel

---

Le 27 décembre 1966, nous avons fait parvenir des instructions à tous les services de l'Administration fédérale, de la Direction générale des PTT et de la Direction générale des CFF qui sont chargés des achats de marchandises et de matériel. Ces instructions avaient pour but d'assurer le respect par la Suisse de l'Article 14 de la Convention de Stockholm.

Le 31 décembre 1972, le Danemark et le Royaume-Uni se sont retirés de l'AELE. Les pays suivants restent membres de l'Association: Autriche, Islande, Norvège, Portugal, Suède et Suisse; la Finlande est associée à l'AELE.

Le 1er janvier 1973, le Danemark et le Royaume-Uni sont devenus membres de la Communauté économique européenne. A la même date, l'Accord entre la Confédération suisse et la Communauté économique européenne est entré en vigueur. Contrairement à la Convention instituant l'AELE, cet accord ne contient aucune disposition concernant les pratiques des entreprises publiques. Les neuf Etats jusqu'alors membres de l'AELE se sont néanmoins fixé comme objectif de maintenir, même après le retrait du Danemark et du Royaume-Uni de l'AELE, l'application des principes relevant de l'Article 14 de la Convention de Stockholm dans les relations entre les deux pays qui se sont retirés de l'AELE et les sept pays qui restent dans l'Association. Ceci a été atteint par des déclarations unilatérales des représentants de ces pays à l'occasion de la 36ème réunion jointe du Conseil de l'AELE et du Conseil mixte AELE-Finlande du 21 décembre 1972 à Genève.

Afin d'assurer le respect de la déclaration faite par le représentant de la Suisse lors de cette réunion,

nous édictons les instructions complémentaires suivantes :

1. Nos instructions du 27 décembre 1966 à tous les services de l'Administration fédérale, de la Direction générale des PTT et de la Direction générale des CFF qui sont chargés des achats de

- 2 -

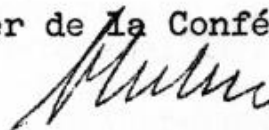
marchandises et de matériel continuent à être valables vis-à-vis des fournisseurs du Danemark et du Royaume-Uni.

2. Les présentes instructions complémentaires sont applicables à partir du 1er janvier 1973. Elles seront publiées dans la Feuille fédérale et dans la Feuille officielle suisse du commerce.

3003 Berne, le 5 mars 1973 /Bn

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Chancelier de la Confédération:



an die  
Kantonsregierungen

Getreue, liebe Eidgenossen,

Am 27. Dezember 1966 sind wir in einem Kreisschreiben an Euch gelangt im Zusammenhang mit der Anwendung durch die Schweiz des Artikels 14 des Uebereinkommens von Stockholm zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA). Wir gaben Euch durch dieses Kreisschreiben Kenntnis von einer Weisung, die wir am selben Tag an alle Amtsstellen der eidgenössischen Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind, gerichtet hatten und die den Zweck verfolgte, die Einhaltung der in Artikel 14 des EFTA-Uebereinkommens enthaltenen Verpflichtungen betreffend das öffentliche Beschaffungswesen sicherzustellen. Wir führten im Rundschreiben auch aus, dass wir es begrüßen würden, wenn Ihr den Inhalt der in Artikel 14 enthaltenen Verpflichtungen den Euch unterstellten Beschaffungsstellen sowie den in Frage kommenden Behörden in den Bezirken, Gemeinden oder anderen davon betroffenen öffentlichen Körperschaften und Unternehmen zur Beachtung nahelegen wolltet. Wir baten Euch ausserdem zu prüfen, in welcher Form diese Verpflichtung am zweckmässigsten und dem Sinn des EFTA-Vertrages möglichst angemessen in das Recht Eurer Kantone übernommen oder mindestens in der Praxis Eurer Behörden berücksichtigt werden könnte.

Am 31. Dezember 1972 sind Dänemark und Grossbritannien aus der EFTA ausgetreten. Die folgenden Länder bleiben weiterhin Mitglied der Assoziation: Island, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden und die Schweiz; Finnland ist mit der EFTA assoziiert.

Am 1. Januar 1973 sind Dänemark und Grossbritannien Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geworden. Am gleichen Tag ist auch das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Kraft getreten. Im Gegensatz zum EFTA-Uebereinkommen enthält dieses Abkommen keine Bestimmungen über die Praktiken der öffentlichen Unternehmungen. Das Bestreben der bisherigen neun EFTA-Staaten ging jedoch dahin, auch nach dem Austritt Dänemarks und Grossbritanniens aus der EFTA die in Artikel 14 des Uebereinkommens von Stockholm enthaltenen Grundsätze weiterhin im Verhältnis zwischen den beiden aus der EFTA ausgetretenen Ländern und den sieben in der Assoziation verbleibenden Staaten anzuwenden.

- 2 -

Dies ist erreicht worden durch entsprechende einseitige Erklärungen der Ländervertreter anlässlich der 36. gemeinsamen Sitzung des EFTA- und des FINEFTA-Rates vom 21. Dezember 1972 in Genf.

Um die Einhaltung der an dieser Sitzung durch den schweizerischen Vertreter abgegebenen Erklärung sicherzustellen, haben wir am 5. März 1973 folgende ergänzende Weisung an alle Amtsstellen der eidgenössischen Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind, erlassen:

1. Unsere Weisung vom 27. Dezember 1966 an alle Amtsstellen der eidgenössischen Verwaltung, der Generaldirektion der PTT und der Generaldirektion SBB, welche mit der Beschaffung von Waren und Material betraut sind, gelten auch weiterhin in bezug auf Lieferanten aus Dänemark und Grossbritannien.
2. Die vorliegende ergänzende Weisung gilt ab 1. Januar 1973. Sie wird im Bundesblatt und im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht.

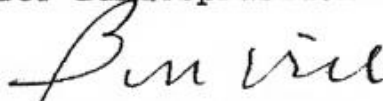
Wir würden es begrüßen, wenn Ihr die Euch unterstellten Beschaffungsstellen sowie die in Frage kommenden Behörden in den Bezirken, Gemeinden und anderen davon betroffenen öffentlichen Körperschaften und Unternehmungen vom Inhalt dieser Ergänzung zu unserer Weisung vom 27. Dezember 1966 in Kenntnis setzen und ihnen empfehlen würdet, sie gebührend zu beachten.

Wir benützen diesen Anlass, um Euch, getreue, liebe Eidgenossen, samt uns in Gottes Machtschutz zu empfehlen.

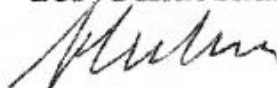
3003 Bnrrn, den 5. März 1973 /Bn

IM AUFTRAG DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRATES

Der Bundespräsident:



Der Bundeskanzler:





# LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

aux

## GOUVERNEMENTS DES CANTONS

Fidèles et chers Confédérés,

Par lettre circulaire du 27 décembre 1966, nous nous sommes adressés à vous au sujet de l'application par la Suisse de l'Article 14 de la Convention de Stockholm instituant l'Association européenne de libre-échange (AELE). A cette occasion, nous portions à votre connaissance des instructions que nous avons adressées le même jour à tous les services de l'Administration fédérale, de la Direction générale des PTT et de la Direction générale des CFF qui sont chargés des achats de marchandises et de matériel. Ces instructions avaient pour but d'assurer le respect des obligations, relevant de l'Article 14 de la Convention instituant l'AELE, relatives aux achats publics. Nous écrivions également que nous vous saurions gré de bien vouloir recommander aux services d'achats qui vous sont soumis ainsi qu'aux autorités compétentes des districts et des communes ou à d'autres collectivités et entreprises publiques concernées de respecter le contenu des obligations découlant de l'Article 14. Nous vous prions en outre d'examiner comment cette obligation pourrait être incorporée dans le droit de votre Canton ou tout au moins dans la pratique de vos autorités de la manière qui soit la plus judicieuse et la plus conforme à l'esprit de la Convention de Stockholm.

Le 31 décembre 1972, le Danemark et le Royaume-Uni se sont retirés de l'AELE. Les pays suivants restent membres de l'Association: Autriche, Islande, Norvège, Portugal, Suède et Suisse; la Finlande est associée à l'AELE.

Le 1er janvier 1973, le Danemark et le Royaume-Uni sont devenus membres de la Communauté économique européenne. A la même date, l'Accord entre la Confédération suisse et la Communauté économique européenne est entré en vigueur. Contrairement à la Convention instituant l'AELE, cet accord ne contient aucune disposition concernant les pratiques des entreprises publiques. Les neuf Etats jusqu'alors membres de l'AELE se sont néanmoins fixé comme objectif de maintenir, même après le retrait du Danemark et du Royaume-Uni de l'AELE, l'application des principes relevant de l'Article 14 de



- 2 -

la Convention de Stockholm dans les relations entre les deux pays qui se sont retirés de l'AELE et les sept pays qui restent dans l'Association. Ceci a été atteint par des déclarations unilatérales des représentants de ces pays à l'occasion de la 36ème réunion jointe du Conseil de l'AELE et du Conseil mixte AELE-Finlande du 21 décembre 1972 à Genève.

Afin d'assurer le respect de la déclaration faite par le représentant de la Suisse lors de cette réunion, nous avons édicté, le 5 mars 1973, les instructions complémentaires suivantes à l'intention de tous les services de l'Administration fédérale, de la Direction générale des PTT et de la Direction générale des CFF qui sont chargés des achats de marchandises et de matériel :

1. Nos instructions du 27 décembre 1966 à tous les services de l'Administration fédérale, de la Direction générale des PTT et de la Direction générale des CFF qui sont chargés des achats de marchandises et de matériel continuent à être valables vis-à-vis des fournisseurs du Danemark et du Royaume-Uni.
2. Les présentes instructions complémentaires sont applicables à partir du 1er janvier 1973. Elles seront publiées dans la Feuille fédérale et dans la Feuille officielle suisse du commerce.

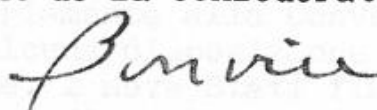
Nous vous saurions gré de bien vouloir porter le contenu de ce complément à nos instructions du 27 décembre 1966 à la connaissance des services d'achats qui vous sont soumis, ainsi qu'aux autorités compétentes des districts et des communes ou à d'autres collectivités et entreprises publiques concernées, et de leur recommander d'en tenir dûment compte.

Nous saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

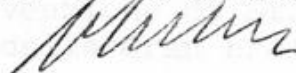
Berne, le 5 mars 1973 /Bn

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:



Le Chancelier de la Confédération:





# IL CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

ai

governi cantonali

Fedeli e cari Confederati,

il 27 dicembre 1966 ci siamo rivolti a voi, con una lettera circolare, in merito all'applicazione da parte della Svizzera dell'articolo 14 della Convenzione di Stoccolma che istituisce l'Associazione europea di libero scambio (AELS). Con l'accennata circolare portavamo a vostra conoscenza le istruzioni intese a garantire l'osservanza degli obblighi previsti dall'articolo 14 della Convenzione dell'AELS relativi agli acquisti pubblici, da noi impartite lo stesso giorno a tutti i servizi dell'amministrazione federale, della direzione generale delle PTT e della direzione generale delle FFS incaricati degli acquisti di merci e di materiale. Nella lettera scrivevamo inoltre che vi saremmo grati se vorreste richiamare all'attenzione dei servizi d'acquisto a voi sottoposti, come pure delle autorità distrettuali, comunali o degli altri enti o aziende pubbliche interessate, il tenore degli obblighi statuiti all'articolo 14. Vi pregavamo inoltre di esaminare quale fosse la forma e il modo più opportuno e possibilmente conforme allo spirito della Convenzione dell'AELS per inserire questi obblighi nel vostro diritto cantonale o perlomeno come possano essere presi in considerazione nella prassi delle vostre autorità.

Il 31 dicembre 1972 la Danimarca e la Gran Bretagna si sono ritirate dall'AELS. I seguenti Paesi rimangono tuttora membre dell'Associazione: Austria, Islanda, Norvegia, Portogallo, Svezia e Svizzera; la Finlandia è associata con l'AELS.

Il 1<sup>o</sup> gennaio 1973 la Danimarca e la Gran Bretagna hanno aderito come membri alla Comunità economica europea. Lo stesso giorno è entrato in vigore l'accordo tra la Confederazione svizzera e la Comunità economica europea. Contrariamente alla Convenzione dell'AELS questo accordo non contiene alcuna disposizione concernente le pratiche delle aziende pubbliche. I nove Stati finora membri dell'AELS si erano tuttavia prefissi di applicare i principi statuiti all'articolo 14 della Convenzione di Stoccolma anche dopo il recesso della Danimarca e della Gran Bretagna dall'AELS.

- 2 -

nelle relazioni tra i due Paesi ritiratasi dall'AELS e i sette Paesi che rimangono nell'Associazione. Questo è stato raggiunto con le relative dichiarazioni unilaterali dei rappresentanti di questi Paesi in occasione della riunione congiunta del consiglio misto AELS-Finlanda tenutasi a Ginevra il 21 dicembre 1972.

Nell'intento di garantire l'osservanza della dichiarazione rilasciata dal rappresentante svizzero durante questa riunione, abbiamo emanato il 5 marzo 1973 la seguente istruzione complementiva all'intenzione di tutti i servizi dell'amministrazione federale, della direzione generale delle PTT e della direzione generale delle FFS preposti agli acquisti di merci e di materiale:

1. Le nostre istruzioni del 27 dicembre 1966 a tutti i servizi dell'amministrazione federale, della direzione generale delle PTT e della direzione generale delle FFS preposti agli acquisti di merci e di materiale, restano ulteriormente in vigore per i fornitori dalla Danimarca e dalla Gran Bretagna.
2. La presente istruzione complementiva è applicabile a decorrere dal 1° gennaio 1973. Essa verrà pubblicata sul Foglio federale e sul Foglio ufficiale svizzero di commercio.

Vi saremmo grati se vorreste informare del contenuto di questo complemento alle nostre istruzioni del 27 dicembre 1966 i servizi d'acquisto che vi sono sottoposti nonché le autorità distrettuali, comunali e gli altri enti o aziende pubbliche interessate e di raccomandare loro di tenerne debitamente conto.

Ci è grata l'occasione, fedeli e cari Confederati, per raccomandarvi con noi alla protezione divina.

3003 Berna, 5 marzo 1973 /Bn

IN NOME DEL CONSIGLIO FEDERAL SVIZZERO

Il Presidente della Confederazione:

*B. Müller*

Il Cancelliere della Confederazione:

*M. Müller*